

FRISCH ANS WERK

Das Ergebnis war deutlich: Mit großem Vorsprung hat die CDU die Landtagswahl am 8. Oktober gewonnen. Einzig spannende Frage ist nun: Wird der Ministerpräsident die Grünen auffordern, erneut eine schwarz-grüne Regierung mitzubilden, oder angelt sich Boris Rhein mit Faesers SPD einen angeschlagenen Juniorpartner, der womöglich aber günstiger zu haben sein wird? Warten wir es ab, in wenigen Tagen werden wir es sicherlich erfahren.

Tarifrunden wurden eingeläutet



„Wir müssen sicherstellen, dass die Länder als Arbeitgebende konkurrenzfähig bleiben“, begründete **Ulrich Silberbach** die Einkommensforderung des dbb am 11.

Oktober 2023 in Berlin. (Weiterlesen auf Seite 2)

Weitere Themen dieser Ausgabe:

Senioren blicken in Aßlar auf das Jahr 2022 zurück	Seite 3
Volker Weigand zum Vorsitzenden des Philologenverbands gewählt	Seite 4
Frauenvertretung traf sich in Fulda	Seite 5
Dbb jugend blickt in das Jahr 2024 - Einkommensrunde zum TV-H sowie Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und Personalräten im Blick	Seite 6
Erste Sitzung des Landeshauptvorstands nach dem Gewerkschaftstag	Seite 7
PKV erhöht die Beiträge Privaten Pflegepflichtversicherung für Beihilfeberechtigte	Seite 7
Landesdelegiertentag der VDStra. in Alsfeld	Seite 8
So wird man Mitglied	Seite 9

Fortsetzung Tarifrunden wurden eingeläutet

10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro lautet die Forderung der Gewerkschaften.

Silberbach: „Die Lage und die Forderung ist die gleiche wie im Frühjahr: Die Inflation frisst die Einkommen der Beschäftigten. Das müssen wir jetzt ausgleichen.“ Wenn die Länder ihre Interessen richtig einschätzen, könne man sich sehr schnell einigen, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. „Die Länder sind auf dem Arbeitsmarkt oft nicht mehr konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und auch nicht zu Bund und Kommunen. Je nach Eingruppierung ergeben sich im Vergleich zum Bund demnächst Rückstände von weit über 10 Prozent. Schon mit Blick auf die demografische Lage und den leer gefegten Arbeitsmarkt müssen sie also ein Eigeninteresse haben, den Gleichklang mit Bund und Kommunen wiederherzustellen.“

„Die Kolleginnen und Kollegen im Länderbereich erwarten diesen Gleichklang in der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst auch aus Gründen der Gerechtigkeit und Wertschätzung für ihre Arbeit“, ergänzte der **dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer**.

„Erklären Sie mal einer Krankenpflegerin im Uni-Klinikum, warum sie demnächst für die gleiche Arbeit bis zu 300 Euro weniger bekommt als die Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Krankenhaus.“ Auf einen Gleichklang in der Einkommensentwicklung haben auch Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder Anspruch, machte Ulrich Silberbach deutlich: „Wie immer erwarten wir eine umgehende und systemgerechte Übertragung jeder Tarifeinigung auf den Beamtenbereich. Erst dann wird diese Einkommensrunde abgeschlossen sein.“

Unsere Forderungen zur Einkommensrunde 2023 mit der TdL Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden Laufzeit 12 Monate Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

Wir erwarten von den Arbeitgebern:

Der dbb erwartet, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten.

In den Stadtstaaten erledigen die Beschäftigten sowohl Landesaufgaben als auch kommunale Aufgaben. Die Städte stehen bei der Gewinnung von Beschäftigten in Konkurrenz zum Umland. Der dbb erwartet daher eine monatliche Stadtstaatenzulage von 300 Euro.

Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten in Berlin, Bremen und Hamburg erwarten die Zahlung einer monatlichen Stadtstaatenzulage von 150 Euro.

Der dbb konnte in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 für die Beschäftigten in den Kommunen eine ganze Reihe von Verbesserungen erreichen. Wir erwarten, dass die Verbesserungen aus diesem Abschluss mit den Kommunen auch auf die Beschäftigten der Länder übertragen werden.

Wir erwarten die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten (studentischen Hilfskräfte). Wir erwarten die Tarifierung der bislang außertariflich gezahlten Zulage für Beschäftigte im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg.

Der dbb erwartet zudem die umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau. Der dbb erwartet die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen/Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter [dbb.de/einkommensrunde](https://www.dbb.de/einkommensrunde). Die Forderungen für den TV-H werden am 8. November veröffentlicht.

Jahreshauptversammlung Senioren



Berghausen.

„Nach 14 Jahren Existenz ist uns dies gelungen“, sagte Klitzing den 28 Delegierten. Doch seit dieser Wahl habe sich im Bewusstsein des dbb eine Menge verändert, versicherte er. „Jetzt sind die Senioren ganz selbstverständlich dabei.“

In ihrem Jahresrückblick erinnerte die **Vorsitzende der hessischen Seniorenvertretung, Hannelore Andree**, an einige enttäuschenden Momente. Zunächst habe der Dienstherr den Versorgungsempfängern eine Coronazulage verweigert und auch bei dem Zuschuss für Energiekosten habe es zunächst danach ausgesehen, als würden die Senioren abermals außen vor bleiben. Dass dem nicht so war, lag, nach Ansicht Andrees, auch am Einsatz des **dbb Landesvorsitzenden Heini Schmitt**. Dafür und für dessen Einsatz zum Thema Besoldungsreparatur dankten ihm die Delegierten auf Vorschlag Andrees mit einer Resolution. Zudem richtete die Vorsitzende

Die Stimme der Versorgungsempfänger wird im dbb Hessen gehört – die Seniorenvertretung ist in der Landesleitung fest verankert mit eigenem Stimmrecht. Das ist nicht in allen Landesbünden des dbb der Fall. Auch in der Bundesorganisation ist das der Fall, wenn auch erst seit dem Gewerkschaftstag in Berlin vor knapp einem Jahr. Darüber berichtete der **Vorsitzender der Seniorenvertretung des dbb, Dr. Horst-Günter Klitzing**, nun bei der Jahreshauptversammlung der Seniorenvertretung im mittelhessischen



den Blick in die Zukunft auf den Landesseniorentag im Oktober 2024 – es wird der zweite sein. In diesem Zusammenhang kündigte Andree an, erneut für den Vorsitz zu kandidieren.

Heini Schmitt berichtete vor der Tarifrunde des TVöD zu Beginn des Jahres, bei dem er eine durchaus neue und positive Erfahrung gemacht habe. Sei es in der Vergangenheit mitunter schwierig gewesen, die Mitglieder für Aktionen auf die Straße zu bekommen, hatte das Frühjahr einen ganz anderen Eindruck vermittelt. „Die Leute waren hochmotiviert, sogar schon vor der zweiten Runde“, erinnerte Schmitt. „Ich hoffe, dass uns das im Frühjahr nochmals gelingt“, sagte er mit Blick auf die bevorstehende Tarifrunde im TV-H.

Auch mit dem bisherigen Verlauf der Besoldungsreparatur zeigte sich Schmitt, gerade im Vergleich zu anderen Rechtskreisen, nicht besonders unzufrieden, auch wenn das Tempo sicher nicht wunschgemäß schnell ist, was man angesichts des zu bewegenden Volumens aber nachvollziehbar erscheint. „Wenige bekommen in anderen Bundesländern für eine bestimmte Zeit recht viel, ganz viele bekommen nichts – das wollten wir in Hessen anders, auch wenn die Schritte kleiner sind und die Zeitspanne länger dauert.“

Volker Weigand nun auch Vorsitzender des hessischen Philologenverbands



Der stellvertretende Landesvorsitzende und Schatzmeister des dbb Hessen, **Volker Weigand** (2.v.l., Foto: hphv), ist nun zum Vorsitzenden des hessischen Philologenverbands gewählt worden. Bei den Vorstandswahlen anlässlich der Landesvertreterversammlung wurde Volker Weigand in geheimer Wahl im ersten Wahlgang zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der Oberstudienrat vom Lessing-Gymnasium in Lampertheim unterstrich in seiner Rede mit Nachdruck die Auffassung des Verbandes, dass

ein leistungsfähiges Gymnasium einen unverzichtbaren Platz in der hessischen Bildungslandschaft haben müsse. Insbesondere berufspolitische Fragen rund um die Themen Besoldung, Arbeitszeit, Verbesserung der Rahmenbedingungen von Unterricht liegen dem neuen Vorsitzenden am Herzen.

Presseschau

dbb-Geschäftsstelle muss länger auf U-Bahn-Haltestelle warten

Bis die U-Bahn auch im Frankfurter Europaviertel rollt, müssen sich die Bewohnerinnen und Bewohner noch weitere Jahre gedulden: Erst 2027 wird es so weit sein, wie der Mobilitätsdezernent der Stadt, Wolfgang Siefert (Grüne), am Montag dem Nachrichtenportal **hessenschau.de** mitteilte. Ursprünglich sollte die Verlängerung der U-Bahn-Linie U5 vom Hauptbahnhof nach Westen schon drei Jahre früher, 2024, fertig gebaut werden.

Mehr Schleuser aus Deutschland

Die Zahl der von der Bundespolizei gefassten mutmaßlichen Schleuser hat in den vergangenen deutlich zugenommen - und immer häufiger befinden sich unter ihnen auch deutsche Staatsbürger. Das **berichtet die FAZ** und beruft sich auf Zahlen der Bundespolizei. Seit dem

vergangenen Jahr gehören demnach auch deutsche Staatsbürger zu den fünf am häufigsten erfassten Nationalitäten von Schleusern. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Verdächtigen waren in allen drei Jahren Syrer.

Reinigungsgewerbe: Bürgergeld attraktiver als reguläre Arbeit?

Kündigen schlecht bezahlte Arbeitnehmer ihre Jobs, weil sie das Bürgergeld als attraktiver empfinden? Zu dieser Annahme kommt ein **Bericht der FAZ**:

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/zweifel-am-lohnabstandsgebot-lieber-buergergeld-als-arbeit-19244922.html>? Darin legt die FAZ die Ergebnisse einer neuen Erhebung deutschen Reinigungsgewerbe dar, einem Wirtschaftszweig mit allein 700.000 Beschäftigten. Demnach sollen dort mehr als zwei Drittel der Unternehmer schon die Erfahrung gemacht, dass Beschäftigte ihre Arbeit aufgeben und zur Begründung die Möglichkeit des Bürgergeldbezugs anführen. Die noch unveröffentlichte Auswertung, für die der Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks (BIV) seine 2500 Mitgliedsunternehmen befragt hat, liegt der F.A.Z. vor. Weiter berichtet die FAZ von 28 Prozent der Unternehmen, dass bei ihnen „bereits mehrere Beschäftigte mit konkretem Verweis auf das Bürgergeld gekündigt oder eine Kündigung in Aussicht gestellt haben“, so lautet die Zusammenfassung des Verbands.

Frauen: Landeshauptversammlung in Fulda



Am 19. September fand die Landeshauptversammlung der dbb Landesfrauenvertretung in Fulda statt. Neben dem Austausch über Themen wie mobiles Arbeiten und die daraus resultierenden Folgen (wie z.B. Auswirkung auf die sozialen Kontakte, Beschneidung von Büroflächen in fast allen Ressorts) informierte die **Vorsitzende Sonja Waldschmidt** über die Änderung des HGIG sowie die insbesondere für die Frauen bedeutsamen Änderung des HPVG (Erlöschen der Mitgliedschaft im Personalrat bei Eintritt in eine mehr als zwölfmonatige

Beurlaubung). Für den dbb Hessen berichtete der **stellv. Vorsitzende Richard Thonius** über aktuelle Themen.

Als Gäste konnten ferner der **Vorsitzende der Deutschen Palliativstiftung, Dr. Thomas Sitte**, sowie der **stellv. Vorsitzende des Stiftungsrates, Prof. Dr. Carsten Schütz**, begrüßt werden. Ihnen gelang es , die nicht einfache Thematik „selbstbestimmtes Sterben/Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht“ interessant und kurzweilig zu vermitteln und den Teilnehmerinnen wichtige Informationen zu geben.

Landesjugendausschuss der dbb jugend hessen – Vorbereitung auf spannendes 2024



Am 14. Oktober fand der Herbst-Landesjugendausschuss (LJA) der dbb jugend hessen in der Geschäftsstelle in Frankfurt statt. Neben dem Bericht aus der laufenden Arbeit der Landesjugendleitung und der Fachjugendverbände war das zentrale Thema die Jahresplanung 2024.

Hier stehen gewerkschaftlich mit der **Einkommensrunde zum TV-H** sowie den **Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV)** und den **Personalräten** wichtige Ereignisse an, die die dbb jugend hessen eng begleiten wird. Zur Einkommensrunde wurden die Jugendforderungen beschlossen und zu den JAV-Wahlen wurden die

Unterstützungsangebote der dbb jugend hessen vorgestellt. Neben Info-Flyern, Info-Veranstaltungen und Schulungsangeboten wird es auch Werbemittel geben, die von den Fachgewerkschaften genutzt werden können.

Hierzu wurden kreative Ideen entwickelt, die gemeinsam mit der dbb jugend bund und den Kooperationspartnern umgesetzt werden sollen. Aber auch die **Europawahlen** sowie der **Einsatz gegen Hass und Hetze** angesichts der Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern werden die dbb jugend hessen sehr beschäftigen. Bei all den genannten Themen wurde sehr konstruktiv diskutiert und gearbeitet und auch der Haushaltsplan für 2024 wurde einstimmig verabschiedet, sodass die dbb jugend hessen mit Rückenwind in das nächste Jahr geht.

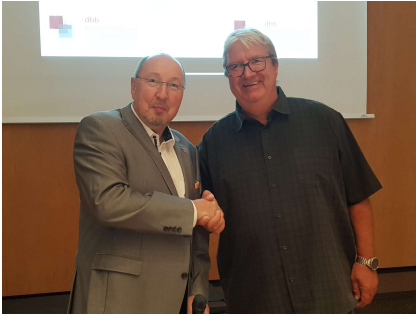
Begrüßen konnte die Landesjugendleitung auch wieder Gäste aus befreundeten Verbänden. Vor Ort war **Micha Schwind, stellvertretender Landesjugendleiter der bbw jugend aus Baden-Württemberg**. Digital zugeschaltet war auch der **stellvertretende Bundesjugendleiter der dbb jugend, Toni Nickel**. Beide betonten die gute grenzübergreifende Zusammenarbeit und die aktive Arbeit der dbb jugend hessen auf Bundesebene und berichteten aus ihrer jeweiligen Arbeit. Auch ein weiterer langjähriger Wegbegleiter der dbb jugend, **Johannes Gutekunst**, Kooperationspartner von der debeka, nahm den Weg nach Hessen auf sich und stellte die Angebote und Kooperationsmöglichkeiten der debeka vor. Die Landesjugendleitung bedankte sich herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit bei allen Gästen.

Im Anschluss an die Arbeitstagung ging es in den geselligen Teil über. Im Rahmen eines City-Escape-Games mussten zwei dbb jugend-Teams Frankfurt vor einem fiktiven Blackout durch einen Hacker-Angriff bewahren. Bei dieser spannenden Mission wurden zahlreiche Rätsel und Aufgaben gelöst und die Teamarbeit gefördert. Nach der „digitalen Schnitzeljagd“ ging es dann noch zum gemütlichen Abendessen mit „analogen“ Schnitzeln und Ebbelwoi nach Alt-Sachsenhausen. Dabei konnte sich dann in lockerer Atmosphäre weiter ausgetauscht und vernetzt werden – denn der Spaß und das Miteinander, auch außerhalb der Tagesordnung, sind für die dbb jugend hessen ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Die nächste Sitzung des Landesjugendausschusses findet im Frühjahr 2024 statt. Die Mitglieder der Fachgewerkschaften unter 30 Jahren sind hier herzlich eingeladen, auch wenn es in den Verbänden keine formalen Jugendstrukturen gibt. Meldet euch gerne bei

der Landesjugendleitung unter info@dbbj-hessen.de und folgt uns auf unseren **Social Media-Kanälen (Facebook und Instagram)**.

Landeshauptvorstand: Erste Sitzung nach dem Gewerkschaftstag



Mit dem Landeshauptvorstand hat nun das letzte wichtige Führungsgremium des dbb Hessen nach dem Gewerkschaftstag im Mai seine Arbeit aufgenommen. Im Saalbau Gutleut kam das zweithöchste Gremium am 26.



September zusammen. Unter den Delegierten waren darum dann auch einige neue, jüngere Gesichter. Aber auch für einige Mitstreiter der alten Garde hieß es Abschied nehmen. Aus den Reihen des Gremiums verabschiedet wurden **Thomas Hupfeld** (links) und **Rald Rosenberger**. Beide waren auch im Landesvorstand des dbb Hessen aktiv gewesen. Neue und alte Delegierte hatten dann auch gleich eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Bestimmende Themen darauf waren etwa die bevorstehenden Einkommensrunden – zunächst bei den Ländern und Anfang des Jahres natürlich auch in Hessen sowie die Landtagswahl in Hessen. Die hatte zwar zu dem Zeitpunkt der Sitzung noch nicht stattgefunden, aber die Verbandsvorsitzenden betonten überwiegend, sich durch die Wahlprüfsteine des dbb Hessen gut informiert gefühlt zu haben. Die Wahlprüfsteine waren ein umfangreicher Fragenkatalog, den die Landesleitung des dbb Hessen mit viel Vorlauf an die Landtagsfraktionen geschickt hatte, mit der bitte um ausführliche und schriftliche Beantwortung. Das Ergebnis der Umfrage wurde dann auf der Homepage des dbb Hessen sowie in den dbb Nachrichten veröffentlicht. Fachlichen Input über die Verbandsarbeit hinaus lieferten **Oliver Welte** von der **dbb Akademie** und **Bastian Diel** von der **debeka**.



PKV erhöht zu Jahresbeginn die Beiträge

Die PKV plant, die Beiträge in der Privaten Pflegepflichtversicherung für Beihilfeberechtigte (PVB) zum Jahresbeginn anzuheben. Nachdem die Beiträge zweieinhalb Jahre nicht gestiegen sind, sei die Anpassung nunmehr spürbar, teilt die PKV mit. Die Tarifstufe für Arbeitnehmer und Selbstständige sei nicht betroffen, sie wurde bereits zum 1. Januar 2023 angepasst.

Mit der Erhöhung in der Tarifstufe PVB steigt der durchschnittliche Monatsbeitrag ab 2024 von rund 43 Euro auf rund 52 Euro. Das entspricht einem Plus von rund 21 Prozent. In der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) sind die Beiträge ebenfalls stark gestiegen. Dort wurde der Beitragssatz bereits zum 1.7.2023 erhöht. Für Beamtinnen und Beamte mit Durchschnittseinkommen (2024: 3.780 Euro Monatsbrutto) kostet die SPV 64 Euro Beitrag im Monat, für Kinderlose 76 Euro. Beihilfeberechtigte mit Einkünften an der Bemessungsgrenze (2024: 5.175 Euro Monatsbrutto) zahlen in der SPV 88 Euro im Monat (Kinderlose 104 Euro).

Die Hauptursache der Erhöhung sind die mit Wirkung ab 2022 eingeführten Zuschüsse zu den Eigenanteilen im Pflegeheim. Dadurch sind in der Tarifstufe PVB allein 2022 Mehrausgaben in Höhe von rund 70 Millionen Euro entstanden, die bislang nicht einkalkuliert werden konnten. Hinzu kommen weitere Mehrleistungen, die durch das jüngste Pflegereformgesetz neu eingeführt werden (z. B. Erhöhungen des Pflegegeldes). Für die Tarifstufe PVB bedeutet das ab 2024 nochmals Mehrausgaben in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr. Diese gesetzlich verursachten, jetzt schon in der Höhe bekannten Mehrkosten sind mit dem neuen Beitrag nun bereits berücksichtigt.

Die steigenden Beiträge in der PPV spiegeln somit aus Sicht des Versicherers den wahren Preis der jüngsten Pflegereformen wider. „Wenn der Gesetzgeber die Leistungen ausweitet, sind die langfristigen Zusatzkosten bei uns mit kapitalgedeckter Vorsorge einkalkuliert. So können die Versicherten sich darauf verlassen, dass die Leistungen auch in der Zukunft sicher finanziert sind, wenn sie selbst Pflege benötigen“, heißt es in einer Mitteilung der PKV.

Im Unterschied zur SPV, deren Beitragssätze schon vorab zum 1.7.23 erhöht wurden, ist für die PPV gesetzlich vorgeschrieben, dass die Beiträge erst angepasst werden dürfen, wenn der Anstieg der tatsächlichen Leistungsausgaben einen Schwellenwert überschreitet.

VDStra: Landesdelegiertentag in Alsfeld

Am 05. Oktober 2023 fand der Landesdelegiertentag des Landesverband Hessen der VDSträ (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten) in Alsfeld -Eudorf statt. Diese Veranstaltung dient dazu, allen Mandatsträgern (Vertrauenspersonen) aus den unterschiedlichen Bereichen der Landesverwaltung Hessen Mobil, aber auch der Autobahn GmbH, und Privaten Kommunen, Kommunalen und aus der Privatwirtschaft, die Möglichkeit des Austausches zu geben und über Aktuelles zu informieren.

Die **Vorsitzende des Landesverbandes Hessen, Katja Geweniger**, berichtete aus der Arbeit des Landesvorstands der zurückliegenden Monate und gab Einblicke in Zukünftiges. Neben Themen wie die Aufsichtsratswahlen bei der Autobahn GmbH, war ein Schwerpunkt die gemeinsam mit dem dbb Hessen erzielten Verbesserungen der Eingruppierung im Straßenbetriebsdienst im Bereich der Länderverwaltung insbesondere von Hessen Mobil im Oktober 2022.



Anhand der Tarifrunde Anfang 2023 im Tarifbereich des TVöD/ VKA konnte allen Anwesenden nochmals verdeutlicht werden, wie wichtig die solidarische Unterstützung innerhalb der dbb Familie ist, sich auch über Tarifgrenzen hinaus zu unterstützen und füreinander einzustehen. Für diese notwendige Solidarität appellierte auch der **Ehrenlandesvorsitzende Heinrich Roßkopf**, welcher mit seinem Engagement für den VDSträ-Hessen ein wichtiges Bindeglied in den dbb Hessen ist. Heinrich Roßkopf ergänzte die dargestellten Informationen

der Vorsitzenden aus seinen Erfahrungen und seiner Arbeit als Tarifausschussvorsitzender im dbb-Hessen.

In der Arbeit für und mit dem dbb seitens des VDSt-Hessen waren in der vergangenen Zeit Themen wie die Meinungsbildung „Vier-Tage-Woche“, unterschiedliche Stellungnahmen zu aktueller Verordnung, Gesetzen o.ä. (HPVG, Wahlordnung), aber auch maßgeblich die ersten Vorbereitungen zu der anstehenden Tarifrunde im Bereich des TV-H. Hierzu konnten erste Ansätze der VDSt-H dargestellt werden, welche in die Forderungsfindung zum TV-H mit dem dbb am 8. November 2023 eingebracht werden.

Darüber hinaus berichtete Heinrich Roßkopf über die erzielten Erfolge des dbb bei der Problematik „Gewalt an Beschäftigten im öffentlichen Dienst“. Auch seine Ausführungen zur Aussicht und Einschätzung zu den unterschiedlichen Tarifrunden folgten die Anwesenden sehr aufmerksam. Er macht deutlich, dass trotz immer wieder aufkommender Kritik, der TV-H sich derzeit in zahlreichen Punkten gegenüber z.B. dem TV-L deutlich besser stellt.

Zahlreiche weitere aktuelle Themen berichtet im Rahmen dieses Landesdelegiertentag ebenfalls der **Bundvorsitzende Hermann-Josef Siebigtheroth** aus der Arbeit des Bundesvorstands. Er berichtete zu den aktuellen Gesprächen mit der Autobahn GmbH, den dortigen Personalwechsel und dazu auf die Wichtigkeit des Aufsichtsrates. Er gab erste Einblicke zu der anstehenden Tarifrunde im Bereich des TV-L und andere Kommunale Bereiche außerhalb von Hessen. Besonders ging er auf die Wichtigkeit des Ehrenamtes ein und die Notwendigkeit auch hier verstärkt Nachwuchs zu finden und zu fördern.

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer*	
<input type="text"/>	
PLZ*	Wohnort*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum*	E-Mail*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Dienststelle*	Arbeitgeber*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beschäftigt als*	
<input type="text" value="Bitte wählen Sie"/>	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft

Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.
 ...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.
 ...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.
 ...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Über unsere Gewerkschaftsarbeit und über unsere Forderungen zur Einkommensrunde mit den Ländern informieren wir aktuell unter www.dbb.de und www.dbb.de/einkommensrunde.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt

Anmelden in unseren Presseverteiler

Sie sind Pressevertreter und wollen immer direkt unsere Pressemitteilungen und auch die dbb Nachrichten in Ihren Maileingang bekommen? Kein Problem: Schicken Sie uns einfach eine Mail mit dem **Betreff „Presseverteiler“** mit dem Hinweis, für welches Medium Sie tätig sind, an folgende Mailadresse: presse@dbbhessen.de

dbb Nachrichten jetzt direkt auf den eigenen Rechner

Die dbb Nachrichten können Sie nun auch direkt auf den eigenen Rechner und die eigene Mailadresse beziehen. Einfach eine Mail mit dem Betreff „Nachrichten“, der Mailadresse und Vor- sowie Nachnamen an presse@dbbhessen.de senden – und ab der nächsten Ausgabe kommen die Nachrichten kostenlos frei Haus.

Neue Auflage des Seniorenratgebers jetzt bestellen!

Der Seniorenratgeber wurde überarbeitet und erweitert und erscheint nun in vierter Auflage. So finden sich in der aktuellsten Ausgabe neben den bewährten der Broschüre die Kapitel Versorgungsempfänger und Hess. Beihilfenrecht sowie Anwendung des Disziplinarrechts auf RuhestandsbeamtInnen.

Die rund 50 Seiten starke Broschüre kann nun wieder gegen eine Schutzgebühr von 4,80 Euro (inkl. Versandkosten) über die Geschäftsstelle des dbb Hessen bezogen werden.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de.

Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> Folgen Sie uns! Sie finden den dbb Hessen auch in den sozialen Netzwerken Instagram und Facebook. Auch dort ist jeder neue Follower und jedes Like willkommen!



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt